

Erscheinung in Leipzig
Wittmoach, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Quaders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haf,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 2 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
1 1/2 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Kgr. Sachsen
u. Hrth. Sachf. Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5/8 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volkerversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Vereinigungen betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 44. Freitag, 17. April. 1874.

Der Klassenkampf.

(Fortf. u. Schluß.)

Ob der Aufruf den erwarteten Erfolg haben wird? Der Moment kann nicht ungünstiger sein. Das Vorgehen gegen die Landarbeiter ist nämlich kein vereinzeltes; es ist nur Theil eines combinirten Plans; nur eine Episode in dem Feldzug, welchen die englische Bourgeoisie (mit ihrem Zubehör von Landlords, Pöffen und Bauern) zur Unterjochung des englischen Proletariats unternommen hat. Ein paar Jahre lang, bis in den verfloffenen Winter hinein, mußten die Arbeitgeber sich in ihrem eigenen Interesse, weil Strikes die Presse zu sehr schwächerten, viel von den Arbeitern gefallen lassen; mit der einbrechenden Geschäftskrise hat sich das Blatt aber gewendet. Die Verminderung in den Profiten und im Abfag war eine Calamität, die nach dem Bourgeoislatechismus in Gestalt verminderter Löhne auf die Arbeiter abgewälzt werden mußte. Die Geschäftsprosperität für den Arbeitgeber, die Geschäfts-kalamität für den Arbeiter, ist bekanntlich eines der heiligsten Gebote des Bourgeoislatechismus. Die Ansicht auf einen Strike schreckte die Herren Bourgeois nicht mehr, wußten sie doch, daß sie selber dabei nichts veräumten, während andererseits die Arbeiter mit jeder Minute des Strikes ihre Lage sich verschlimmern sehen mußten. Verhandlungen fanden statt und der Arbeitgeberbund wurde geboren. Er sollte bloß defensiver Natur sein, das Kapital gegen die Uebergriffe der Arbeiter verteidigen. Deutsche Harmonieimpel ließen sich damit fangen. Die englischen Arbeiter führten sofort die Klauen im Sammelbüchlein, richtiger in der Löwentüte. Sie wissen, daß der Löwe ein reisendes Thier ist, und daß das Harmonieparadies, in welchem er ruhig neben dem fleißigen Pferde weidet, nur in jungen und alten Kindslöpsen existirt. Sie kennen ihre Pappenheimer. Sie wissen, daß jede selbständige Regierung der Arbeiter ein „Uebergriff“ ist in den Augen der Herren Arbeitgeber, und sie begriffen sofort, daß es auf die Zerstückung ihrer Gewerkschaften gemünzt war. Der Fabrikantenbund trat schnell in die Aktion ein. Nicht öffentlich, nicht unter eigener Firma. Allein an der gleichmäßigen auf den verschiedensten Feldern und in den verschiedensten Distrikten entsalteten Thätigkeit merkte man, daß die Fäden in einem Mittelpunkt zusammenfloßen, und dieser Mittelpunkt war der Arbeitgeberbund. Die Befolgung Halliday's, die systematische Campaigne gegen die Kohlenarbeiter, und nun die ebenso systematische Campaigne gegen die Landarbeiter-Union! Kein Zweifel, es ist Methode in diesem Vorgehen der Kapitalisten. Und wer sind die Angreifer? Nicht einmal die Organe der englischen Bourgeoisie erklären sich, die Schuld auf die Arbeiter zu wälzen. Was insbesondere die Landarbeiter-Union betrifft, so hat sie im Gegentheil sogar eine fast volgewidrige Zahmheit bewiesen. Aber — sie will die Landfloden zu Menschen machen, sie will, wenn auch in bescheidenster, fast demüthiger Form der Ausfaltungswuth des Kapitals gewisse Grenzen setzen — und das ist ein Verbrechen, das mit dem Tod der Union bestraft werden muß. Gelänge es, das ländliche Proletariat in einer festen Organisation zu vereinigen, dann wäre das Zusammenwirken des Ackerbau- und Industrie-Proletariats nur noch eine Frage der Zeit, und am Tage, wo dieser Bruderkund von Stadt und Land geschlossen wird, läutet das Stabesglöcklein der Bourgeoisie. Darüber sind die Herren Bourgeois sich klar. Ergo: Vernichtung der Landarbeiter-Union um jeden Preis!

Und unter den Gewerkschaften des Industrie-Proletariats sind die verachteten, ein richtiger Dorn im Auge der Bourgeoisie: die Gewerkschaft der Kohlenarbeiter, zwei große Unions mit je über 100,000 Mitgliedern und mehrere kleinere, aber ebenso gut organisierte. In den letzten drei Jahren der „beispiellosen Prosperität“ haben die Kohlenarbeiter den Kapitalisten wiederholt heftige Kopfschmerzen verursacht, ihnen in glücklichen Kämpfen einen Theil der den Arbeitern geraubten Beute wieder abgejagt. Dafür müssen sie gezüchtigt werden. Der Moment der Revanche ist gekommen. Wie schon an anderer Stelle erwähnt ward, sind unsumme Lohnereduktionen angezettelt worden, die zwischen dem 1. April und 1. Mai in Kraft treten sollten. Das Erbieten der Arbeiter, die Sache schiedsrichterlich schlichten zu lassen, hat bei den Herren Fabrikanten keinen Anklang gefunden. Sie wollen nicht bloß niedrige Löhne, sie wollen auch gefügige Lohnslaven. Was nutzt es, wenn die Arbeiter sich für den Augenblick fügen und ihre Offenheit bleibt bestehen? Im ersten günstigen Zeitpunkt erheben sie sich wieder mit den alten „Ansprüchen“, begeben sie wieder die alten „Uebergriffe“. Die Organisation muß gebrochen werden. Und ist die mächtigste der englischen Arbeiterorganisationen (man kann die verschiedenen Unions der Kohlenarbeiter als eine Organisation betrachten) gebrochen, so hofft man die übrigen leicht zu zerhacken. Eine nach der andern! lautet die Losung der Herren Kapitalisten. Was auch der Ausgang des Kampfs sein möge, es ist Klassenkampf, Klassenkampf in des Wortes weitester und schlimmster Bedeutung, Klassenkampf, nicht willkürlich an den Haaren herbeigezogen von „hungrigen Sozialdemagogen“, wie Herr Bernstein und Woz Girsch sich das vorstellen, sondern begonnen von ordnungsbegehrenden Kapitalisten, und von ihnen nicht begonnen zum Zeitvertreib, aus reiner Laune, sondern unter dem Druck der zwingenden ökonomischen Nothwendigkeit. Die moderne kapitalistische Produktionsweise beruht auf dem Klassenkampf, und Klassenkampf ist Kampf, Klassenkampf. Die „Harmonie“, von welcher die Schleppträger des Kapitals faszeln, ist Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital, freiwillige Knechtschaft der Arbeiter. Wirkliche Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist erst möglich, wenn Arbeit und Kapital in

Einer Person, in der Person des Arbeiters vereinigt sind, das heißt, wenn alle Arbeitsinstrumente (Maschinen, das Land, Bergwerke etc.) der Arbeiterklasse gehören. Mit Einem Wort, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist entweder ein schmählicher Humbug, oder sie heißt Abschaffung des Lohnsystems, Abschaffung der Kapitalistenklasse.

Politische Uebersicht.

— Wenn diese Nummer des „Volksstaat“ den Lesern zu Gesicht kommt, hat die entscheidende Abstimmung über das Militär-gesetz aller Wahrscheinlichkeit nach bereits stattgefunden. Das Resultat ist kaum zweifelhaft; die Bismarck'schen Speichelwörter haben mit ihrem „Plebiscit“ zwar ein jämmerliches Fiasko gemacht, aber das ändert an der Sache nichts. Das Gros der nationalliberalen Partei war von vornherein entschlossen, die Sache des Volks zu verrathen, und geht's nicht mit Anstand, nun so muß es ohne Anstand gehn. Die Annahme des Gesetzes bedeutet die offizielle Todeserklärung des Constitutionalismus und Parlamentarismus. Daß es ohne Budgetrecht keinen Constitutionalismus giebt, das haben die Herren Nationalliberalen selbst in früheren Zeiten unzählige Mal gesagt; und daß gerade sie, die Mustervertreter des Constitutionalismus sich dazu bequemen mußten, die Todtengräber des Constitutionalismus zu werden, ist eine ergötzliche Ironie der Weltgeschichte. In keinem anderen Land ist Aehnliches vorgekommen. Sogar der sogenannte dritte Napoleon wagte es nicht, dem Bedientenkörper seines gesetzgebenden Körpers mit einem solchen Gesetzkörper zu rücken. Und ein englischer Minister, der dem Parlament ernstlich den Verzicht auf das Budgetrecht zuzumuthen sich unterfingte, würde durch einstimmigen Beschluß der Kammer über diesen Punkt keine Meinungsverschiedenheit unter den verschiedenen Parteien — auf die Anklagebank geschickt worden sein oder — ins Irrenhaus. Nun, wir Sozialdemokraten haben es nicht zu bedauern, wenn die Maske fällt. Lieber der Absolutismus ohne als mit Feigenblatt. Der Schein trägt, sagt schon das Sprichwort; und der Scheinkonstitutionalismus, den Fürst Bismarck seiner Militär- und Polizeimonarchie unzuliegen für gut befunden, hat manchen ehelichen Mann betrogen. Das Militär-gesetz reiht diese Hülle herunter und statt des täuschenden Scheinkonstitutionalismus steht vor Aller Augen der nackte Absolutismus in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit. Jetzt kann Niemand mehr getäuscht werden. Wer die Wahrheit nicht sieht, will sie nicht sehen. Sache der Wähler aber ist es, das Votum ihrer Mandatempfänger genau zu kontrolliren, und von denen, welche die Interessen ihrer Mandatare verrathen haben, Rechenschaft zu fordern: Rechenschaft jetzt, Rechenschaft bei den nächsten Wahlen. Vor Allem ist es nöthig, die Liste Derer zu veröffentlichen, die für und die gegen das Gesetz gestimmt haben, so wie auch Derer, die sich der Abstimmung enthalten. Bei Letzteren ist zu ermitteln, ob sie wirklich aus genügenden Gründen bei der entscheidenden Abstimmung gefehlt, oder ob sie, wie das von Vielen vorauszu-sehen, bloß zu feig gewesen sind, Farbe zu bekennen. Das Votum über das Militär-gesetz soll eine schneidige Waffe sein gegen die Feinde des Volks. —

— Der Reichstagshandwurst der „Spener'schen Zeitung“ schildert den Moment der „glücklichen Wendung“ in der Militär-gesetz-keise wie folgt:
„Als ich eintrat, fiel mein Blick zuerst auf Herrn v. Forderbed, den Präsidenten des Reichstags und Herrn v. Bennigsen, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Ihre Gesichter strahlten vor Vergnügen, und ich wußte sofort: Die Krisis ist überwunden, die Militärfrage ist auf dem Wege des Compromisses gelöst, der Kaiser hat einen neuen Beweis seiner bewährten Mäßigung und hohen Weisheit gegeben, der Fürst-Reichsfürst bleibt und der Reichstag wird nicht aufgelöst.“
Nachdem der Handwurst die Compromiß-Vorsprünge seiner Kumpane geschildert und die höchste Charakterlosigkeit als „Patriotismus“ vorgeschrieben hat, schälert er weiter: „Damit war der Compromiß vollendet. Die Nachricht von demselben gelangte am Abend an die Abgeordneten. Alle reichstreuen Parteien waren glücklich, eine Krisis vermieden zu sehen. Es war uns Allen ein Stein von dem Herzen. Wir hoffen, daß sich aus der Majorität, welche für den Compromiß stimmt, eine große Partei bildet, welche, unbeschadet sonstiger Meinungs-Differenzen, in allen Fragen der großen Politik fest der Reichsregierung zur Seite steht. Ein Gewinn, der nicht hoch genug zu schätzen wäre!“
Die „vor Vergnügen strahlenden Gesichter“ des Reichstags- und des Landtags-Präsidenten beweisen mehr, als tausend Leitartikel beweisen können. Die Herren haben alle Ursache, vor Vergnügen zu „strahlen“. Denn kam der „Compromiß“ nicht zu Stande, so waren die Fäden zerrissen, an denen diese Marionetten gelenkt werden und mit diesen „Fäden“ wäre so manche hübsche „Beziehung“ dahin gewesen.
Daß die Regierung mit sieben Jahren Vahmlegung des Reichstages zufrieden ist und die Selbstentmannung dieses Debatteclubs nur auf sieben Jahre, nicht gleich auf „ewig“ ver-langt, nennt die „Spener'sche Zeitung“ eine „bewährte Mäßigung!“ Nun gut, wenn „unser Braun“ von irgend welchem Kuppelträger einmal fünfundzwanzig von hinten ausgezählt bekommen sollte, —

dann darf er sich nicht über „Prügel“ beklagen. Prügeln heißt in der Sprache „unseres Braun“ einfach: sanft streicheln!

— Bekanntlich haben die „genialen Staatsmänner“ in Preußen ihre Preßkavaien, die sich und ihre Patrone gegenseitig mit Roth bewerfen müssen. Bismarck und Manteuffel sind seit jeher erbitterte Feinde und die „Sanhirten“ des Schnapsbrenners geben jenen des Hüllings und geschlagenen „Siegens“ von Bapaume an göttlicher Grobheit und Bosheit durchaus nichts nach. So „ent-hüllt“ in einer unbewachten Stunde die bismarckische „National-Zeitung“, daß in Preußen drei Domberrn existiren, die aus den kirchlichen Fonds jährlich Tausende beziehen. Diese mittel-alterlichen Glückspilze sind der Herr von Manteuffel, preußischer Feldmarschall, der Herr von Eulenburg, preußischer Minister des Innern und der Herr von Wylleben, Oberpräsident a. D. Wenn wir nun die genannten Herren auch nicht gerade für Faul-senzer halten, so sind doch die drei Domberrnstellen Faulsenzer-posten, eine recht hübsche Illustration zu den „musterstaatlichen“ Melamen in gut preußischen Blättern. Die Herren „Cultur-kämpfer“ brauchen also den Mand nicht so voll zu nehmen von den Faulsenzerposten in den Klöstern der Pfaffen; zapfen sie sich gefälligst an der Nase Manteuffels und Eulenburgs!

— Es ist bekannt, wie das deutsche „Volk“, das heißt die besitzende Klasse, die Männer der Kunst und Wissenschaft lobt. Der hungernde Ludwig Feuerbach hat unlängst ein bederetes Zeugniß in dieser Sache abgegeben. Die besitzende Klasse, die Bourgeoisie, schließt nur die Apostel der Klassenherrschaft, nur die Verfechter ihrer eignen Heuchelei, nur ihre bestellten Häfcher der öffentlichen Meinung vor materieller Roth. So hat sie ihren Schulze-Deilich dotirt und sich ihren Freiligrath gekauft. Jene Männer, welche im Gesamtinteresse gewirkt und geitten, überläßt sie der Arbeiterklasse; jene Stinnes, welche die Sorge und der Kampf um das Massengeld gesucht, glättet nur das Zu-juchzen des Proletariats. So lesen wir im Organ der Stein-brücker und Lithographen, im „Senefelder Bund“, der in Nürnberg erscheint:

„Hochgeehrtes Comité des deutschen Senefelder-Bundes!
Durch die äußerste Roth gezwungen, wagt es die Witwe des Sohnes des Erfinders der Lithographie, ein hochgeehrtes Comité um Unterstützung anzusuchen. Vor zwei Jahren verlor ich durch den Tod meine jüngste Tochter, welche meine ganze Stütze war, ihr folgte voriges Jahr meine ältere verheiratete Tochter und ich hätte verhungern müssen, wenn sich nicht der Magistrat der Stadt München meiner erbarnt und mich unterstützt hätte. Allein leider ist nun auch mein Sohn, der einzige lebende Enkel des Erfinders der Lithographie, seit einem halben Jahre an der Lungenlucht bedenklich erkrankt, gänzlich unfähig, sich etwas zu verdienen, so daß ich von meiner Unterstützung ihn erhalten, Arzneien herbeischaffen, alles was eine solche langwierige Krankheit erfordert, von meiner Unterstützung bestreiten soll. Daß dies nur dadurch möglich war, daß ich Alles verkaufte, was ich hatte, ist gewiß begreiflich. Nun aber bin ich von Allem entblößt, ich habe gar Nichts mehr, keinen Kreuzer zum Hauszins und wenn mein Sohn stirbt, weiß ich nicht, wie ihn begraben lassen. In dieser meiner äußersten Roth bitte ich um Hilfe und Rettung. Sollte mir selbe verweigert werden, muß ich ganz verzweifeln. Nun hoffe ich, daß ein verehrtes Comité des deutschen Senefelder-Bundes nicht zu geben wird, daß der Enkel des Erfinders der Lithographie so elend zu Grunde gehen muß. Der Magistrat der Stadt München wird gewiß die Wahrheit meiner Worte bestätigen.“

Die tiefgebeugte Schwiegertochter des Erfinders
der Lithographie
Ludovika Senefelder,
Einlaß Nr. 211, beim Bäder.

München, den 1. April 1874.
Der brave Münchener Magistrat, der die Frau so wacker unter-stützt, daß sie „keinen Kreuzer zum Hauszins“ hat! Das Comité des Senefelder Bundes hat beschlossen, der Roth der armen Frau abzuhelfen, so viel in seinen Kräften steht. Während die Schwieger-tochter Senefelders mit seinem Enkel „ganz verzweifeln“ will, wenn ihr die Arbeiter nicht helfen, hat sich der König Ludwig von Bayern einen Schlitten für 700,000 Gulden zugelegt. Freilich — „der gute Gott lebt noch“, wird unsere Freundin „Concordia“ die arme Frau Senefelder trösten!

— In Versailles legen die Kriegsgerichte ihre Thätigkeit fort; man sucht sich stets neue Opfer aus den Commune-Gefan-genen und versteigt sich dabei zur Lächerlichkeit; so hat man neulich den gefallenen Deledeluzer der Vorsicht wegen zum Tode verurtheilt. Ferner erschien dieser Tage vor dem 3. Kriegsgericht von Versailles der Journalist Odilon Delimal, während der De-lagerung Mitarbeiter des von Felix Phat herausgegebenen „Combat“ und zur Zeit des Aufstandes Redakteur eines eigenen Organs, welches sich „La Commune“ nannte. Die Haltung des letzteren Blattes war eine relativ gemäßigte: es machte gegen verschiedene Akte der Commune-Regierung Opposition, so daß nach Bewältigung des Aufstandes nicht nur keine Verfolgungen gegen Delimat

*) Zu dem jüngst wider Bloß ergangenen Erkenntniß wegen „Ver-seidigung“ dieses Herrn von Eulenburg ist bestimmt, daß dem Herrn Eulenburg auf Kosten des Beklagten eine Abschrift des Erkenntnisses zu-justellen sei. Wir dächten, der Herr Minister, reichte alle Junggeßel und Domberrn Eulenburg hätte am Besten, die Ausgaben für seine Späße selbst zu bestreiten, stattdessen er mehr Geld und Zeit dazu hat, als ein Redakteur des „Volksstaat“.

eingeleitet wurden, sondern daß ein Polizeikommissar keinen Anstand nahm, ihm einen Passierschein auszustellen, mit welchem er Paris verlassen konnte. Jetzt, nach Ablauf von drei Jahren, wurde Delimal plötzlich der Prozeß gemacht und das Kriegsgericht verurtheilte ihn zur Deportation nach einem besetzten Plage. — Es befiel sich, daß aus Neucaledonien Rochefort entkommen ist und mit ihm die Commarnds Paschal Groussot, der Minister des Aeußeren der Commune, Bourde, der Finanzminister der Commune, der durch seine musterhafte Verwaltung sogar den Gegnern Hochachtung abzwang und wahrscheinlich auch Villioray, den die Zeitungen als „Ballière“ bezeichnen. Der verlumpte Broglie, welcher jetzt als Vice-Mac Mahon Frankreich „regiert“, d. h. aus den Staatsgebern seine riesigen Schulden, wie einst Bonaparte, zu bedecken sucht, soll über die Flucht Rocheforts tödlich erschrocken sein. In der Aufregung hat er sofort eine Criminaluntersuchung gegen das Beamtenpersonal in Neu-Caledonien angeordnet. Wir verdanken es dem Manne nicht; für Leute seines Geistes ist die scharfe Feder Rocheforts allerdings etwas Schreckliches.

— Parteinoffe Auer, welcher in Dresden eine ihm in Berlin zuerkannte Haft-Strafe verbüßte, ist nach Ablauf derselben aus Dresden ausgewiesen worden. Auer hat gegen diesen Polizeieintus bei der Kreisdirection Beschwerde erhoben, deren Erfolg freilich vorzusehen ist, wenn man weiß, was in Sachsen die Herren „Ausweiser“ schon geleistet haben.

Zum Prozeß Bazaine.

III.

In Folge von Dispositionen und Befehlen, die, wie wir wissen, auf grundfalschen Voraussetzungen beruhten, griff das 3. preussische Corps (Alvensleben II.) an, was es für Seitendetalemente oder für die Artilleriegarde der großen Rheinarmee hielt. Als man durch die von bedeutender Uebermacht erhaltenen Prügel seinen Irrthum erkannte, einen Irrthum, tief wie Molle's Schädelfurche und hochgewölbt wie die Frederico-carlistische Stirn (auf den Bildern der Schaufenster), da wurde eiligst nach allen Enden um Hilfe gefandt. Marschschöpsie Truppen langten nach und nach an vom 10., 9. und 8. Corps; ein numerisches Gleichgewicht war aber nicht herzustellen. Daß die Deutschen an jenem Tage nicht eine zerschmetternde Niederlage erlitten, dafür haben sie sich weder bei Molle, noch bei Stiehl, am allerwenigsten bei Alvensleben II. zu bedanken. Ihr Glück war der hohenzollernsche *seul officier*: Bazaine. Man rechne zu den deutschen Irrungen noch den Hauptführer, die ganze Bazaine'sche Armee überhaupt nur 120,000 Mann stark angenommen zu haben, während sie 170,000 Mann zählt, und man wird sich eine noch klarere Vorstellung von dem damals möglichen „Stabstoch“ machen. 581 Offiziere, 14,239 Mann war am 16. der Verlust der Deutschen — der ganz zwecklose Verlust. Die französische Armee bei Metz festzuhalten, daran hatte man ja noch gar nicht gedacht, und hätte man es gewollt, man war unfähig, es zu vollbringen. 15,000 Deutsche waren geschlachtet und nur eine Kanone genommen. Eine Entscheidung für den nächsten Tag zu erzwingen, selbst dazu fehlten die Kräfte.

v. Schell citirt eine in der Nacht vom 16. auf den 17. abgefaßte Meldung des Generals von Göben an Steinmetz, worin es heißt: „Es stellte sich heraus, daß die Situation sehr kritisch war.“ (Sehr ist von Göben unterstrichen.) ... „Ein furchtbarer Kampf entspann sich, trotz der Ueberlegenheit des Feindes glänzend bestand. Aber die Situation war sehr bedenklich, wenn der Feind kräftig zur Offensive überging.“ (Sehr wieder von Göben hervorgehoben.) ... „Wahrscheinlich werden allerdings die Franzosen die Nacht zur Bewirkung des Abzugs benutzen.“

Einige Seiten vorher hat aber Schell mit seinem uns schon bekannten Prophetengeiste ganz stramm gesagt: „Gefesselt an der Stelle, wo man sie gefunden, sah die französische Armee ihre Absicht, nach Westen abzumarschiren, vereitelt: ein Refusit, dessen ganze Schwere erst die nachfolgenden Tage erkennen ließen.“

Genüthigt, sich mit der Grammatik halbwegs leidlich abzufinden, sind diese Schreibeoffiziere mit der Folgerichtigkeit gränlich zerfallen. v. Göben sagt, die Franzosen waren nicht gefesselt und hätten die Deutschen fesseln können; v. Schell sagt, die Franzosen waren gefesselt! Ihrer Herr zu werden, allerdings un *très petit pou de mathématique* suffit, genügt „ein ganz klein wenig Mathematik“.

Abends waren die Deutschen zu erschöpft, um sich am nächsten Tage weiter zu schlagen, wenn sie nicht mußten. Bazaine, da er nicht am Abende des 16. den eiligsten Abmarsch angetreten, mußte am 17. in der Offensive kämpfen, und konnte es auch; er wollte nicht, und seine Corps- und Divisionscommandeure ließen ihn gewähren. Sklavengefindel, noch heute im Dienst!

Nicht nur hatten an jenem Tage die Deutschen ihre moderne Lieblingsidee aufgeben müssen, einen französischen Flügel zu „umfassen“, sie konnten schließlich auch ihre Infanterie nicht mehr zu Offensivstößen vordringen. Hören wir den offiziellen von der Goltz:

„Der Tag neigte sich darüber zum Abende. Die letzten entscheidenden Augenblicke kamen; was man noch thun wollte, mußte jetzt geschehen. Klar ist's, daß zu einer weithin durchgeführten Offensive und einer Verfolgung des hierbei über den Haufen geworfenen Gegners die Kräfte fehlten. Diese Ueberzeugung hatte man auch damals an Ort und Stelle gewonnen, denn das Bild der Schlachten sprach zu deutlich.“

Man war bis auf Theatercoups reduziert. Es wurde finster und „der moralische Eindruck galt jetzt weit mehr als gesteigerte materielle Wirkung“, für die es übrigens den Deutschen an Munition und ihrer Artillerie an Pferden fehlte. Der Cavallerie wurde daher von dem neuen Bühnenhelfer Friedrich Karl befohlen, ohne Gabelbeleuchtung irgendwo gen Rezonville einzuhauen, der Artillerie, im Dunkeln ohne Distanzkenntnis gen Rezonville zu feuern und einiger Infanterie, ohne Abendessen gen Rezonville anzukriechen. Rezonville blieb in den Händen der Franzosen. „Böllig erschöpft bivouakirten die deutschen Truppen dort, wo sie zuletzt gestanden hatten.“

v. d. Goltz sagt weiter (S. 101): „Es galt, die heute unter so schwerem Gesichte erzwungenen Resultate sicher zu stellen. Die direkte Straße Metz-Verdun war der feindlichen Armee gesperrt, der Kampf gegen große, numerische Ueberlegenheit glücklich und im letzten Augenblicke noch in der Offensive beendet worden.“ Dies, wie dem aufmerksamen Leser einleuchten muß, sind militär-schundrige Redensarten a posteriori. Auch fährt er, sich selbst widersprechend, gleich fort: „Noch lag die eine große Frage nahe, was der nächste Morgen bringen werde. Noch war die Krisis, in der man stand, nicht überwunden, mußte sich die Lage für die feind-

liche Armee auch, nachdem sie einmal bei Metz festgehalten war, bald so ungünstig gestalten, daß sie der endlichen Niederlage nicht entgehen konnte. Es ließ sich augenblicklich nicht übersehen, wieviel an einzelnen Brigaden oder Divisionen der Feind bisher intact erhalten habe. Die Erneuerung des Kampfes am 17. war unmöglich, dann aber durfte man nur auf die Unterstützung des ganzen 9. Armeecorps rechnen. Ob diejenigen Streitkräfte, welche man in der Nacht noch herbeibekommen konnte, für die Entscheidung rechtzeitig auf dem Schlachtfelde eintreffen würden, blieb in dessen zweifelhaft.“

Für den einfachen, „ungebildeten“, „rohen“ Arbeiter brauchten wir kein Wort zu verlieren, um den in diesen Zeilen enthaltenen did-paulettierten Blödsinn und Schwindel nachzuweisen. Aber der Militärhaktismus selbst wegen und wegen ihrer dickspinnigen „gebildeten“ Nachfolger müssen wir im Fluge feststellen, daß man „die Krisis, in der man stand“, sich selbst geschaffen hatte, daß die Franzosen durchaus nicht von den Deutschen, sondern von Bazaine „festgehalten waren“, und daß die „endliche Niederlage“ damals vorausgesehen, wieder ein Gedanke „von hinten“ ist. Goltz zittert, zappelt, zetet und zetet die Ereignisse auf gut berlinisch in eine geschichtliche Frage — auf höhern Befehl.

Wie sollte denn „die Krisis überwunden werden“? Wiederum im Widerspruch mit sich selbst sagt v. d. Goltz in einem Athem mit Obigem:

„Der Zustand der Truppen, die am 16. gefochten hatten, erheischte gebieterisch Schonung.“

Die wörtlichen Ziffern der Verluste, welche diese Truppen gehabt, war jetzt natürlich auch nicht annähernd zu ermitteln. Allein der Augenschein lehrte, daß sie das Maß des Erwarteten weit überschreiten würden. Solche Verluste aber üben ihre Wirkung auf jede Armee. Alle Cadres waren numerisch bedeutend geschmolzen, viele Bataillone, Escadrons und Batterien fast ohne Offiziere.

Bei der Ausdehnung des Schlachtfeldes, dessen einer Theil bergiges Waldterrain war, hatten die taktischen Verbände sich gelöst. Die Nacht verzog ohne Zweifel mit dem Sammeln und Rangiren der Truppen.

„Die Ermattung von Menschen und Thieren nach zehn- bis elfstündigem Kampfe war aufs Aeußerste gestiegen. Kein Truppenstück hatte am 16. abholen können. Auf dem Plateau machte sich der Mangel an Wasser fühlbar.“

Auch Munition fehlte bei der Infanterie und Artillerie schon während des Gesichts, doch hatte der Oberbefehlshaber sofort direkte Befehle an den Commandeur der Artillerie ertheilt, damit die Completirung in der Nacht erfolgen konnte.

„Bedeutende Leistungen dürften ohne Zweifel für den nächsten Morgen von den erschöpften Mannschaften nicht gefordert werden.“

„Auch daß dem hertigen Tage eine Abspannung folgen müsse, wie sie sich nach Momenten solcher Erregung stets einstellt, war selbstverständlich.“

Molle hatte von diesem Zustande keine Ahnung, als er „die Auffassung des großen Hauptquartiers“ am 16. Abends 8^{1/2} Uhr in seinem Schreiben an die zweite Armee wie folgt schildert:

„Nach dieser Ansicht beruht die Entscheidung des Feldzugs darin, die von Metz weichende Hauptmacht des Feindes nördlich zurückzuwerfen. Je mehr das 3. Armeecorps heute vor sich hat, um so größer wird der Erfolg morgen sein, wo das 10., 3., 8., 7. Corps und auch das 12. gegen dieselben Kräfte verfügbar sind.“

Der Unwissende, die vermeintliche Distanz von Alexander, Caesar, Hannibal, Eugen, Attila, Dschingis Khan, Friedrich, Napoleon, Wellington, Jomini und Clausewitz — er wußte zu Pont à Mousson, 5 Meilen vom Schlachtfelde, trotz Feldtelegraphie und „Ulyan“ nicht, daß nicht nur das 3. Corps im Feuer gewesen, sondern daß mit ihm das 10., die Hälfte des 9. und Theile des 8. ganz mürbe geschlagen worden waren. Diese Truppen waren für den folgenden Tag kampfunfähig. Fast sollte man meinen, daß ihm das Hauptquartier der zweiten Armee, aus Scham über die Arglosigkeit des Gemetzels ganz unvollständige Berichte gesandt hatte.

Wenn Molle glaubte, der Feldzug würde durch „Zurückwerfen der Hauptmacht nach Norden entscheiden“, so hatte er seine lächerlichen Ansichten über die Kriegslust und Kriegstüchtigkeit des *homme du pavé* mit Bismard und jedem gewöhnlichen „Preußen“ gemein. MacMahon war noch nicht abgefangen, die Bazaine'sche Armee sollte nur dorthin abgeschoben werden, wo später Faidherbe seine gefahrdrohenden Sprünge machte — und damit war für Molle bereits der Feldzug entschieden! Es wäre nicht zu glauben, wenn er selbst es nicht erzählte — schwarz auf weiß. Ist es möglich, daß das Hauptquartier der zweiten Armee solche „Auffassungen“ veröffentlichte, um Molle und den Allerhöchsten Kriegsherrn zu verspotten?!

„Die beschleunigte Erreichung der Maas erscheint von untergeordnetem, die Wagnahme von Toul aber von hohem Werthe“, ist eine andere „Auffassung“ Molle's an demselben Abende. Man wollte wohl die krongrinliche dritte Armee erst einen Hauptschlag machen lassen und das unruhige Drängeln des „rothen“ Prinzen wurde unbequem! Je länger und genauer man sich den Molle betrachtet, desto mehr schrumpft er zusammen. Ihn konnten nur Strategen wie Benedel, wie MacMahon, wie der Porzellandrüber Palisao, wie Bazaine und Jarras auf die Beine helfen.

Die Deutschen wären herzlich froh gewesen, wenn sie hätten annehmen dürfen, daß das Gros Bazaine's am 17. über Conslans und Brey nordwestlich zurückgewichen war. Die sicherste Bestätigung unserer Behauptung findet man in den Panzenschwankungen des von Friedrich Karl vorgeschickten armen literarischen Uhlans v. d. Goltz.

„Ein erstere Anfaßen des Feindes (am 17.) hätte für die Aufklärung größere Resultate ergeben, allein in jenem Augenblicke wurde noch Alles vermieden, was den frühzeitigen Ausbruch des Kampfes hätte herbeiführen können.“

Dieser preussische „Augenblick“ dauerte den ganzen 17. hindurch. „Die Schlacht hätte nun (etwa 2 Uhr Nachmittags) mit frischen Kräften erneuert werden können. Diese Ansicht wurde auch im großen Hauptquartier erörtert, doch vertraten Prinz Friedrich Karl und einige anwesende kommandirende Generale eine entgegengegesetzte Anschauung.“

„Die heute herangekommenen Truppen (Garde, 7., 8., 12. Corps) hatten einen anstrengenden Marsch hinter sich. Ein weiteres Vorgehen bis an den Feind war nöthig. Erst spät am Nachmittage konnte daher der erste Kampf beginnen und derselbe endete dann möglicherweise wohl mit einem Siege, doch nur mit einer halben Entscheidung. Der Abend hätte die Aktion vorzeitig beendet und eine Verfolgung unweifelhaft ausgeschlossen. Dem glaubte das Obercommando der zweiten Armee sich nicht aussetzen zu sollen, vielmehr die Dinge, nachdem sie einmal so weit gekommen, nunmehr mit einem Schlage zu Ende führen zu müssen.“ So zu lesen S. 116. Auf Seite 114 war aber bereits zugegeben, „daß man es für einen Fehler hielt, wenn Bazaine bei Metz ver-

blieb,“ daß „normale und richtige Entschlüsse des Gegners immer die richtigste Basis sind, auf welche die eigenen Maßnahmen begründet werden können. Prinz Friedrich Karl war daher der Ueberzeugung, daß . . . der größere Theil der feindlichen Armee schon seit dem Einbruch der Dunkelheit am 16. August im Abzuge nach Westen befände oder er sich in direct nördlicher Richtung rückwärts verlegt habe, um von dort über Briey abzumarschiren. Möglich blieb es bei der zweiten Annahme, daß er jetzt bereits in der Ausführung dieser letzten Bewegung über Briey begriffen sei.“

Also welche „Dinge“ wollte der „rothe“ Prinz am 18. „mit einem Schlage zu Ende führen“? Doch nur „Dinge“, die er selbst als nicht mehr vorhanden betrachtete. Bestrenger oder geneigter Leser, wie gefällt Dir diese Kriegskunst?

Correspondenzen.

Leipzig, 11. April. In allen nationalliberalen und sonstigen „Saubirten“-blättern wird ein kolossaler Lärm geschlagen über einen angeblichen Conflikt, der im Reichstage zwischen der Reichsregierung und der Majorität des Reichstags auszubrechen drohe. Man kann sich verwundert fragen, wie das möglich sei, da ja die Majorität des Reichstags, regierungsfreundlich, wie sie ist, mit der Reichsregierung bisher stets durch Dick und Dünn gewaltet sei. Und gar erstaunen muß man, wenn man hört, daß die Militär-vorlage den Anlaß zu dem Conflikt abgeben soll.

Man vergegenwärtige sich nur die Sachlage. Bis zur Stunde sind alle gesetzgebenden Körper in Deutschland wie im Ausland besetzt durch die besitzenden Klassen, und alle Gesetze, die in Kraft treten, sind mehr oder minder die Hüter des Interesses der besitzenden Klassen. Das ist sehr natürlich. Da es aber naturgemäß neben den besitzenden auch nichtbesitzende Klassen geben muß so ist es eben so sehr natürlich, wenn die nichtbesitzenden Klassen darnach streben, daß ihr Interesse zur Geltung gelange. Diese Widerstreit der Interessen nun hat in der menschlichen Gesellschaft schon zu wiederholten Malen zu Zusammenstößen gar gewaltiger Art geführt, immer aber sind bisher die Nichtbesitzenden unterlegen. Was Wunder also, wenn die Besitzenden riesige Volkwerbe aufzuführen, um allen hereinbrechenden Katastrophen gewachsen zu sein. Und ein solches Volkwerk ist das stehende Heer. Nun kommt da der bekannte Bismard und verlangt vom Reichstage, daß er seine Genehmigung zur Vermehrung des stehenden Heeres geben solle. Das Verlangen Bismards, ausgebrüllt in einer Gesetzesvorlage, wird vom Reichstage einer Commission zur Vorberathung überwiesen, und diese will, vielleicht zu Bismards lebhaftem Erstaunen, von den geforderten 30,000 Soldaten, um die das stehende Heer vermehrt werden soll, einige Tausende abhandeln. Kann man nun diesen Widerstand der Reichstäglichen gegen die Vermehrung des stehenden Heeres als bitteren Ernst nehmen? In Etwas ja. Setzen seinem Grundsatze, dem Fürstenthans Hohenzollern die unumschränkte Herrschaft über Deutschland zu verschaffen und zu sichern, hat Bismard seit einer Reihe von Jahren eine Anzahl Kriege angezettelt, die auch stets die Machtstellung der Hohenzollern erweiterten. Aber nicht immer in diesen Annectionszügen hatte sich Bismard der Zustimmung der herrschenden Klassen zu erfreuen, denn der aderbantreibende Adlige wie der industrietreibende Bourgeois, sie Beide müssen Frieden haben, um der Arbeit neue Schätze zu entreißen. So war es im Jahre 1866, als es galt, Oesterreichs Machtstellung in Deutschland zu brechen. Damals erhoben die besitzenden Klassen ein heilloses Geschrei über den ferozischen Bruderkrieg, der da auszubrechen drohte. Adressen, Petitionen, Resolutionen, Deputationen, alles Mögliche wurde gethan, um den Krieg zu hintertreiben, war man doch nicht sicher, ob Bismard siegte. Aber kaum waren die ersten Schlachten siegreich geschlagen, da, wela verändertes Bild! Bereit waren die geschlagenen Brüder und Bismard war der Held des Tages. Jetzt waren sich die besitzenden Klassen im Klaren, daß Bismard ihr Mann sei. Wer den äußeren Feind so zusammenzubauen versteht, der wird den inneren Feind gewiß nicht schonen.

Unter dem Jubel der besitzenden Klassen und einem Theile des verblendeten Volks toste darauf der Krieg gegen den „Erbfeind“ vorüber, der als neue Erregungssache den Hohenzollern den deutschen Kaiserthum einbrachte. Der „ewige Friede“ war nun hereingebrochen. Friede nach außen, Ruhe im Innern.

Da tritt plötzlich Bismard mit der Mehrforderung von 30,000 Mann für das stehende Heer heraus. Die Reichstäglichen sahen und wollen nicht recht daran, ihr Ja zu sagen; sie witterten Krieg und wollen Frieden haben. Aber Bismard lenkt sein Pappenheimer, und wir auch. Das End' vom Lied' wird sein: Bismard bekommt die 30,000 Soldaten. Bismard ist ja der Mann, der Alles kann; Heil ihm, er wird Alles zum Besten führen.

Im Gegensatz zu der besitzenden hat die nichtbesitzende, die Arbeiterklasse, ein eminentes Interesse an der gänzlichen Beseitigung der stehenden Heere, wie aus dem Vorhergesagten zur Genüge hervorgehen dürfte. Aber schwach, wie die Arbeiterklasse gegenwärtig in Deutschland noch ist, kann sie ihr Veto gegen die Existenz der stehenden Heere nur durch Proteste einlegen.

Zu diesem Zwecke fand denn auch Freitag, den 10. d. M. eine von nahezu 1000 Arbeitern besuchte Versammlung im Gosen-thale statt, die nach einem allgemein beifällig aufgenommenen Reserate des Parteinoffen Bloß mit allen gegen eine Stimme die folgende Resolution annahm: „Die heutige Volksoberversammlung erklärt, daß das Behahren der nationalliberalen Partei bezüglich des dem Reichstage vorgelegten neuen Militärgesetzes ein volles feindliches, das Volkinteresse im höchsten Grade schädigendes ist und protestirt namentlich gegen den, hinter verschlossenen Thüren in der hiesigen Schützenhandversammlung gefassten und von Herrn Dr. Stephani, dem Vertreter der Stadt Leipzig, unterstützten Beschluß, daß eine weitere Erhöhung der schon zur Unentgeltlichkeit gestiegenen Friedenspräsenzstärke des Heeres noch mehr erhöht und auf alle Zeit festgesetzt werde.“ Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung derselben Versammlung: „Disfussion über das zu erlassende Contraktbruchgesetz.“ Hier hatten es Kamm und Hahllich übernommen, die anwesenden Arbeiter auf die Schädlichkeit dieses Gesetzes aufmerksam zu machen. Und in der That wird mit dem Gesetze nichts weniger als eine weitere Fesselung der Arbeiterklasse beabsichtigt. Das staatliche Kriemengeug an der ökonomischen Zwangsjade, in welcher die arbeitende Menschheit schmachtet, soll wiederum, wie ehemals, bis zum Ersticken festgezogen werden. Constatirt wurde, daß die Agitation für Erlass des Contraktbruchgesetzes zum großen Theile von dem Kleingewerbestand ausginge. Und so ist es auch. Das Großkapital darf der Zwangsbestimmungen zur Exploitation der Arbeiterklasse nicht; es findet die Arbeitskraft in genügender Anzahl auf dem Markte vor, und wahrlich, es versteht sich auf deren Werthung

Anders steht es mit dem Kleinkapital. Auf die Handarbeit beschränkt, ist es unfähig mit dem mit allen Hilfsmitteln der Wissenschaft produzierenden Großkapital zu konkurrieren und fällt naturgemäß diesem zum Opfer. Anstatt dieses einzusehen, machen die Kleinkapitalisten die Arbeiter für ihren Untergang verantwortlich und schreiben in ihrer Todesangst um politische Hilfe. Selbstverständlich leisten die Arbeiter Widerstand, und diesen Widerstand dokumentierten die im Gosenthal versammelten Arbeiter durch Annahme der schon in Nr. 39 des „Vollstaats“ bekannt gegebenen Resolution. Das Bureau wurde mit Beauftragung, dem Reichstage die Resolution in geeigneter Weise zur Kenntniss zu bringen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, das projektirte Pressegesetz, zu welchem wiederum Blos das Referat übernommen hatte, gab allen folgenden Rednern Anlaß, die Arbeiter eindringlich zur Unterstützung der Arbeiterpresse zu ermahnen. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die nächste Sitzung des sozialdemokratischen Arbeitervereins am Freitag wiederum im Gosenthal abgehalten werden würde, und wurde zu zahlreicher Theilnahme aufgefordert.

Berlin, 11. April. Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung wiederum mit Wahlprüfungen, die meist kein weitergehendes Interesse boten. Nur um die Wahl des Abgeordneten Georgi entspann sich eine lebhaftere Debatte. Es ist gegen dieselbe ein Protest eingelaufen, welcher sich darauf stützt, daß die Wahlzettel mit dem Namen Georgi an mehreren Orten des 22. sächsischen Wahlkreises so eingerichtet gewesen seien, daß der Druck durchgeschienen habe und so eine Kontrolle der einzelnen Wähler möglich gemacht und in der That auch ausgeübt worden sei. Die Abtheilung beantragte trotzdem, die Wahl für gültig zu erklären, da selbst nach Abzug aller hierdurch etwa beeinflussten Stimmen noch eine Majorität für Georgi bleibe. Gegen diesen Antrag erklärte sich sehr energisch der Abgeordnete Hasselmann. Er verlangte vielmehr Beanspruchung der Wahl und Einleitung einer Untersuchung. Es handle sich hier — führte er des Weiteren aus — um drei der ärmsten Weiderröster, deren Bewohner vielfach aus Furcht vor Entlassung aus der Arbeit ihre Stimmen an Georgi hätten geben müssen, eben weil die Wahl durch jene Wahlzettel kontrollirbar gewesen sei. Diese Beeinflussung sei schlimmer, als jede andere und bedürfe um so mehr der Untersuchung, als die Fabrikanten vielfach in der Weise terroristisch vorgegangen seien, daß sie ihre Arbeiter geradezu zur Wahl kommandirt und dann ihre Abstimmung kontrollirt hätten. Abgeordneter Löwe sprach darauf für Gültigkeit der Wahl und erlaubte sich die dreifache Behauptung, daß von Seiten der sozialdemokratischen Partei ein viel stärkerer Terrorismus ausgeübt sei, als von ihren Gegnern. Natürlich fand er damit den Beifall der Majorität, welche jedem gegen demokratische Parteien gerichteten Angriffe, mag er noch so unsinnig sein, zunächst. Jedem Unbefangenen muß es natürlich sofort einleuchten, daß es ein anderes Ding ist, wenn eine politische Partei innerhalb ihrer Mitglieder strenge Disciplin hält, was die Sozialisten zum größten Verger der Liberalen allerdings besser verstehen, wie jede andere Partei, und ein anderes Ding, wenn abhängige Wähler durch unerlaubte Mittel gezwungen werden, ihrer Verleumdung Ueberzeugung Gewalt anzuthun. Natürlich behielt Herr Löwe trotzdem mit seinem überaus lächerlichen Vorwurf Recht und die Wahl des Abgeordneten Georgi wurde für gültig erklärt. — Gegen die Wahl des Abgeordneten Koch im dritten braunschweigischen Wahlkreise, war ein Protest von dem „sozialdemokratischen Wahlcomité in Braunschweig“ eingelaufen. Natürlich betrachtete das hohe Haus diesen Protest für „unerheblich“ und erklärte die Wahl für gültig. Bemerkenswerth war nur, daß der Abgeordnete Braun dem genannten Comité die Befugnis zu einem Protest bestritt, weil dasselbe aus Leuten gebildet werde, welche nicht zu den Wählern des Abgeordneten Koch gehörten. Der alte Bindhorst, obgleich ein Ultramontaner, wies diesen Versuch eines liberalen Abgeordneten, die Volkrechte wieder um ein Stückchen zu schmälern, treffend zurück, indem er anführte, daß Jedermann im Volke das Recht habe, gegen Wahlunregelmäßigkeiten zu protestiren, weil Jedermann ein Interesse habe, daß im Reichstage nur rechtmäßig gewählte Männer säßen, die ja nicht einen bestimmten Wahlkreis vertreten sollten, sondern das ganze Volk. Damit war Herr Braun abgelehrt und die Sache erledigt. Die nächste Sitzung findet am Montag statt; auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Militärgesetzes.

— 13. April. In der heutigen Sitzung des Reichstages begann die zweite Lesung, d. h. die Spezialdebatte des Militärgesetzes. § 1 desselben lautet in der Vorlage der Reichsregierung: „Die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften beträgt bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung 401,659 Mann. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.“ Hierzu beantragen a) die Abgg. Hasenclever, Hasselmann, Reimer den Antrag zu fassen, wie folgt: „Die Friedenspräsenzstärke der Unteroffiziere an Unteroffizieren und Mannschaften dreier Jahrgänge beträgt bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung während der Dauer von zwei Monaten des Jahres nicht unter 540,000 Mann, während der Dauer von zehn Monaten nicht über 18,000 Mann. Militärische und Leibesübungen der beurlaubten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, sowie der jungen Leute von vollendetem 14. bis 20. Lebensjahre werden durch ein Gesetz geregelt.“ b) der Abg. Ausfeld, unterstützt von 34 Mitgliedern der Fortschrittspartei: „Die Friedenspräsenzstärke des Heeres wird für jedes Jahr durch das Staatsgesetz festgesetzt. Für das Jahr 1875 beträgt die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften 401,659 Mann. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. Diese Feststellung wird dem Militär-Ansagebeet für 1875 zu Grunde gelegt.“ c) der Abg. v. Mallinckrodt, unterstützt vom Centrum: „Die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften wird nach den jedesmaligen Verhältnissen des Reichs durch das jährliche Staatsgesetz festgesetzt.“ d) der Abg. v. Bennigsen, unterstützt von der rationalliberalen Fraktion und einzelnen Fortschrittlichen: „Die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften beträgt für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis zum 31. Dezember 1881 401,659 Mann. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.“

Der letzte Antrag ist der berühmte Compromißvorschlag, welchem die Regierung zugestimmt hat.

Abg. Miquel eröffnete als Referent der Militärcommission die Debatte mit einem ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Commission in Bezug auf § 1, die natürlich durch die Wachenschaften hinter den Coulissen, aus denen der Compromiß hervorging, zu einem bloßen Gaukelspiel geworden sind. Die Verantwortung des Compromisses selbst übernahm dann der Abg. v. Bennigsen, der von jeder Vorkämpfer des Rationalliberalismus gewesen ist, wenn es sich um die Vertheidigung einer besonders schlechten Sache handelt. Er ist ein Meister der hochtrabenden

Phrasen, und wo ihm, wie's freilich fast immer der Fall ist, die Begriffe fehlen, stellen sich Verdächtigungen zur rechten Zeit ein. So war's auch heute. Mit einer Virtuosität, um welche ihn die Dismarck'schen Goldschreiber beneiden können, beichtigte er die Anhänger des wichtigsten Volksrechts, Reichsfeinde zu sein, welche die Fundamente des Staats untergraben und ihn seinen äußeren Feinden gegenüber wehrlos machen wollten. Natürlich malte er auch das Schredgespenst des Ultramontanismus mit möglichst dicken Farben an die Wand. Den Gipfel der Pöcherlichkeit aber erstieg er mit der Behauptung, seit 1848 habe nie eine so freiwillige und ursprüngliche Bewegung Deutschland durchzogen, wie die gegenwärtigen Demonstrationen für das Militärgesetz. Ist das bewusste Lüge oder Unzurechnungsfähigkeit? Seine eigene Partei schwieg vorlegen zu diesem Uebermaß von — Dreifigkeit, während von allen andern Seiten des Hauses sich vernichtendes Hohngelächter über den Redner ergoß. Alles in Allem war er viel zu plump, um irgendwelchen Eindruck zu machen. Kriegsminister v. Rameke verlas darauf eine Erklärung, in welcher die Regierung ihre Zustimmung zu dem Amendement Bennigsen kundgab — in der sicheren Erwartung, nach sieben Jahren würden sich die „Ansichten so weit geklärt“ haben, um die gesetzliche Fixirung der Friedenspräsenzstärke dann für immer festzusetzen. Bemerkenswerth ist, daß sich in dieser Sache der Bundesrath schon zur zweiten Lesung schlüssig machen konnte, eine Art des Geschäftsganges, welche Hr. Delbrück beim Pressegesetz für eine völlige Unmöglichkeit erklärte. Abg. Peter Reichensperger vertrat dann den ultramontanen Antrag. Die Wahl dieses Redners war insofern eine sehr geschickte, als er von jeher in der Frage des Budgetrechts der Volksvertretung mit der Linken gegangen ist, was man von Vielen seiner Parteigenossen bekanntlich nicht sagen kann. Er sprach sehr lange und soweit er sich auf Begründung der constitutionellen Rechte des Reichstages beschränkte, mit vielem Geschick. Die Debatte wurde darauf bis morgen Vormittag 11 Uhr vertagt.

In der furchtbaren Niederlage, welche der deutsche Parlamentarismus durch den Compromiß in der Militärfrage erlitten hat, sind ein letzter, schwacher Lichtschein die Vorgänge in der Fortschrittspartei. Diejenigen Mitglieder derselben, welche noch auf politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit Anspruch erheben können, haben sich aber doch trotz der offiziellen Verdächtigungen, mit welchen sie jetzt schon bombardirt werden, zu diesem Akt der Selbsterniedrigung nicht entschließen können und die Partei hat sich gespalten. Ausgeschieden sind acht Mitglieder: Berger, Löwe, Baumgarten, Groß, Heine, Kreuz, Schmidt (Stettin), Zinn, von denen die sechs Peggennannten den Compromißantrag unterschrieben haben. In der Fraktion geblieben, ohne den Fraktionsantrag (Ausfeld) zu unterzeichnen, sind: Spielberg, Knapp, Lorenzen und Rohland. Wegen Krankheit sind abwesend: Donath, Köderer und Kirchmann. Den Volkerechten treu geblieben sind der Rest von vierunddreißig Mitgliedern der Partei. Dieselben sind: Ausfeld, Allnoch, Bants, Bernhardt, Didert, Dunder, Ebert, Erhard, Eysoldt, Franke, Frankfurter, Hänel, Hagen, die beiden Hansmann, Herz, Hoffmann, v. Hoyerbeck, Köster, Köppler, Klotz, Lindwieg, Müller (Görlitz), Neumichen, Parisius, Eugen Richter, die beiden Sander, Schulze (Delitzsch), Schwarz, Träger, Wiggers, Ziegler, Zimmermann.

— 14. April. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde die Debatte des § 1 des Militärgesetzes fortgesetzt. Abg. Graf Bethusy-Huc eröffnete die Diskussion mit der Versicherung, daß er mit seinem früheren Amendement auf eine gesetzliche fixirte Präsenzstärke von 384,000 Mann die Regierungsvorlage keineswegs habe abschwächen wollen. Es hat's ihn auch Niemand zugetraut. Er ist der Ansicht, daß der § 1 der Regierung weder ein Recht des Reichstages schmälere, noch auch die materielle Leistungsfähigkeit des Volkes überbürde; indeß wird er, gewohnt, den „Strom der Geschichte an der Stirnlocke zu ergreifen“, sich diesmal mit dem Compromisse begnügen.

In wenigen, schlagenden Sätzen deckte der nächstfolgende Redner, der Abg. Eugen Richter, den ganzen Widersinn der Ausführungen des ober-schlesischen Grafen auf und entwarf dann in wahrhaft glänzender Rede, um derenwillen der Fortschrittspartei viele Stimmen vergeben sein sollen, ein erschöpfendes Bild von der politischen Lage. Er führte aus, daß eine sachliche Behandlung der Militärfrage nicht durch die Anhänger des Budgetrechts, sondern durch die Regierung und ihre Freunde zur Unmöglichkeit gemacht worden sei. Als dieselbe erkannt habe, daß die Majorität des Reichstages, wenn auch nur eine kleine Majorität, nicht willens sei, ohne Weiteres auf das wichtigste Volksrecht zu verzichten, habe sie die ganze offizielle Meute losgelassen, um mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Sie habe nicht an die Einsicht patriotischer und politisch gereifter Männer appellirt, sondern an die Leidenschaft und den Unverstand der Massen. In Gegenden, in welchen der Ultramontanismus besonders kräftig wuchere, sei der Menge vorgespiegelt worden, wenn die Regierung das Militärgesetz nicht unverkürzt bewilligt erhalte, werde sie den Kampf gegen Rom aufgeben. In den westlichen Provinzen sei von den Offizieren gelogen worden, die Ablehnung des § 1 sei ein Appell an die Franzosen, ins Land zu fallen. Die Freiconservativen v. Kardorff und Fürst Lichnowsky rufen: (Sehr richtig!) So gefährlich sei also dies verwerfliche Treiben gewesen, daß es selbst erleuchtete Mitglieder des Reichstages zu blinden vermocht habe. (Große Heiterkeit.) Man habe sich selbst nicht geschämt, die Person des Staatsoberhauptes in die Debatten zusammenwürfelter Volkshäufen zu ziehen; wohin es führe, die Monarchie zum Spielball eines Plebiszits zu machen, habe das Beispiel Frankreichs gezeigt. Hr. v. Bennigsen habe gestern sich auf das Preisgeld des altromischen Staats berufen, welcher in Zeiten äußerer Gefahr die unumschränkte Staatsgewalt, die Diktatur in die Hand eines einzelnen Mannes gelegt habe. Nun, er glaube nicht, daß es zum Heile des deutschen Reichs sei, die Wege eines Staates zu wandeln, dessen Grundlage die Sklaverei und dessen Todesursache der Cäsarismus gewesen sei. (Lebhafte Zustimmung.) Der Absolutismus sei gewiß eine sehr unvollkommene Staatsform, aber doch noch viel ehrlicher und viel gesunder, als der Scheinkonstitutionalismus. Niemals sei bis jetzt innerhalb der liberalen Parteien ein Zweifel darüber gewesen, daß das Budgetrecht der Volksvertretung die unerlässliche Voraussetzung eines constitutionellen Staates sei; wenn jetzt die Rationalliberalen ihn und seine Freunde verdächtigen, weil sie mit den „Schwarzen“ zusammengingen, so falle diese Verdächtigung auf die Rationalliberalen selbst zurück, denn nur sie hätten durch das Preisgeben ihrer langjährigen Ueberzeugungen diesen Zustand verschuldet. Den Minoritätsparteien aber gereiche es zur Ehre, an dem gesetzlichen Boden festzuhalten, welcher allein die Gesundheit des Staatwesens verbürge. Das Compromiß sei nichts, als ein Mißtrauensvotum für die Einsicht und Redlichkeit des Volkes; keine Regierung aber und kein Staat könne auf die Dauer bestehen, ohne felsenfestes Vertrauen auf das Volk. Der konservative Abgeordnete von Malzan-Gülz sprach darauf sehr matt für das

Compromiß. Abgeordneter Hasenclever vertheidigte das von ihm und seinen engeren Parteigenossen gestellte Amendement. Er hob hervor, daß der Zeitraum von sieben Jahren in dem Compromißantrage augenscheinlich mit Rücksicht auf das Septennat Mac Mahons gewählt sei, dem die Compromißler damit voraussichtlich den größten Gefallen gethan hätten. Einen wesentlichen Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und dem Compromiß könne er zudem gar nicht anerkennen. Wenn die Regierung einmal sieben Jahre eine Friedenspräsenzstärke von 401,000 Mann gehabt habe, dann werde ihr nachher der Reichstag, und wenn lauter Richter in ihm säßen, auch nicht einen Mann abzwaden. Wenn nicht anders ginge, würde sie ihren Willen dann auf dem Wege des Staatsrechts durchsetzen und die Fortschrittler würden die letzten sein, sie daran zu hindern. Dafür sei die Haltung dieser Partei seit 1863 eine sichere Bürgschaft. Wenn in der That der Erwerb zweier Provinzen, wie Graf Moltke gesagt habe, mit einer 50-jährigen Kriegsbereitschaft, also mit der vollkommeneu Lahmlegung des Handels und der Industrie bezahlt werden müßte, dann sei dieser Preis viel zu hoch. Die stehenden Heere seien der Fluch der Nationen; sie würden verschwinden, ob früher, ob später, ob auf friedlichem Wege oder durch gewaltthätige Umwälzung, sei eine offene Frage, aber streben müsse jede demokratische Partei unaufhörlich nach ihrer Beseitigung und deshalb habe er seinen Antrag auf Errichtung einer Volkswehr eingebracht. Generalmajor v. Boigts-Rehech belämpfte darauf vom Regierungspunkt aus die Amendements Ausfeld und Mallinckrodt. Bemerkenswerth war, daß er mit einer Offenheit, welche schwerlich den Intentionen seiner Austraggeber entsprach, die Nothwendigkeit der Präsenzstärke von 401,000 Mann damit motivirte, daß ein neuer Krieg mit Frankreich unausbleiblich sei. Der nationalliberale Abgeordnete von Treitschke gab seinem Schmerz darüber lebhaften Ausdruck, daß die Regierung nicht ihre ursprüngliche Forderung durchgesetzt habe, aber das sei ihm ein Trost, daß Reichensperger und Richter dem Compromiß so heftig widerstrebten und darum werde er gern für dasselbe stimmen. Im Uebrigen erging sich der Redner in so heftigen Invektiven gegen Richter, daß ihm der Präsident einen Ordnungsruf ertheilen mußte. Damit war der erste und interessantere Theil der Sitzung erledigt. Ein Schlußantrag wurde abgelehnt und der Abgeordnete v. Mallinckrodt erhielt das Wort. Derselbe plaidirte mit vielem Geschick für zweijährige Dienstzeit und wies Mitgliedern fast aller Parteien des Hauses nach, daß sie selbst diese Forderung in früheren Jahren nicht nur für möglich, sondern auch für nothwendig erklärt hatten. Er wußte seinem Vortrage so viele Malicen einzuflechten, daß nicht weniger als vier Mitglieder des Bundesraths auf seine Rede antworteten. Sie blieben, ohne sachliche Gründe anzuführen, bei der alten Behauptung stehen, daß über diese Frage zu urtheilen nur Militärkompetent seien und daß diese einstimmig dreijährige Dienstzeit für nothwendig erklärten. Abg. Löwe hielt dann eine lange, verworrene Rede, in welcher er vergebens die Schmach des Abfalls von den Ueberzeugungen seines ganzen Lebens mit einer überflüssigen Polemik gegen Treitschke zu verhallen suchte. Graf Moltke bekannte, mit schwerem Herzen für das Compromiß zu stimmen; in kurzen Schlagworten wie „das Schwert Deutschlands in der Scheide sichern den europäischen Frieden“, „die Abrüstung ist der Krieg“ beschränkte er trotzdem seine Annahme, welche die Sicherheit des Reichs verbürge und die Würde (!) des Hauses wahre. Endlich versuchte Abg. Lasler die gestrigen Plumpheiten und Taktlosigkeiten seines Freundes Bennigsen durch maßvollere Ausführungen zu Gunsten des Compromisses vergessen zu machen, was ihm nicht gelang. Nach einer Unzahl persönlicher Bemerkungen kam es dann zur Abstimmung. Das Amendement Hasenclever wurde abgelehnt gegen die Stimmen der drei Antragsteller. Das Amendement Mallinckrodt mit 256 gegen 114 Stimmen, die Abgg. Bahlreich und Sonnemann stimmten mit Ja, Geib mit Nein, Most und Mottelee enthielten sich der Abstimmung; das Amendement Ausfeld erhielt nur die 34 Stimmen der Unterzeichner von der Fortschrittspartei. Schließlich wurde § 1 in der Fassung des Compromißantrages v. Bennigsen mit 224 gegen 146 Stimmen angenommen. Die Sitzung hatte sieben Stunden gedauert. Morgen um 12 Uhr Fortsetzung der Debatte.

Wahlhausen. Kürzlich sprach hier Parteigenosse B. Bock aus Gotha vor einer stark besuchten Versammlung über 1) Die Arbeiterbewegung und 2) Die sozialdemokratische Arbeiterpartei unter großem Beifall. Das Resultat der Versammlung war die Gründung einer Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, in welche sich selbstgen Abend noch 36 Mann einzeichneten. In der bald darauf stattgehabten Parteiversammlung schrieben sich noch weitere 18 Mann ein, so daß wir jetzt 54 Mann stark sind. Zum Vertrauensmann wurde Unterzeichner ernannt. Thüringen ist für die sozialdemokratischen Grundzüge ohne allen Zweifel ein sehr empfänglicher Strich Landes, leider fehlt es uns an Rednern, die deren Verbreitung mit Eifer und Geschick betreiben könnten. H. Pölig, Vertrauensmann.

Wismar. Am 22. März feierten wir den im Volkleben denkwürdigen Tag des 18. März. Um 11 Uhr traf Reichelt aus Apolda mit den Parteigenossen aus Münchenberndorf, die die rothe Fahne mitbrachten, ein und wurden dieselben am Bahnhof vom Festcomité herzlich willkommen geheißen. Zu einem Auszuge hatten wir die Erlaubnis erhalten. Alles war auf den Beinen, denn eine rothe Fahne hatte man in einem Aufzuge noch nicht gesehen. Die Gegner waren ob unserer Kühnheit, mit einer rothen Fahne einen Umzug zu halten, nicht wenig erschrocken, das beweist das „Tageblatt“, die „Vorzeitung“ und das „Radolfstädter Wochenblatt“, in welchen Blättern die durch Angst und Grimm getriebenen Gegner wunderliche Ammenmärchen zum Besten geben. Wir sind diesen Herren für ihre Bemühungen großen Dank schuldig, indem sie dadurch auch die Arbeiter in andern Städten auf unsere Bestrebungen aufmerksam gemacht haben.

Abends halb 8 Uhr begann das Arbeiterfest im Hotel „zum Ritter“. Herr Reichelt hielt einen Vortrag über die Arbeiterbewegung und erntete großen Beifall. Alsdann sprach Hr. Richter, welcher sich im Allgemeinen über die elenden Zustände in hiesigen Fabriken aussprach, wodurch er sich die Fabrikanten auf den Hals gehetzt hat. Bei sehr starkem Besuch endete das Fest in zufriedenstellender Weise. R. Straßburger.

Hannover, 12. April. (Klempner-Strife.) Der Strife dauert unverändert fort; von Seiten des Fabrikanten wurden Gerüchte verbreitet, welche dahin lauten, daß die Forderung wieder zurückgehe, was aber nicht der Fall ist, indem in genannter Fabrik 25 Collegen gesucht werden. Wir ersuchen deshalb sämtliche Collegen, den Luzug fernzuhalten; wir bitten ferner, uns in unserm Kampfe thätig zu unterstützen. Die Unterstützungen sind zu senden an E. Martens, Hallerstraße.

Hamburg, 10. April. Als eine kleine Anzahl hiesiger Geldaristokraten, Prozentjuwelen und Fondspeculanten am Sonnabend vor Osters mit Siebenmeilenstiefeln zu einer unterthanenwerthigen Ovation für den Militärgesetzentwurf der Regierung schritten, ahnten dieselben kaum, wie sehr sie durch dieses Vorgehen für die

Sozialdemokraten Propaganda machten. Nachdem die Börse in ihrer politischen Kannegeierei sich als „Boll“ geberdet hatte, welches es für nicht „zeitgemäß und überaus gefährlich“ hält, sein Budgetrecht zu wahren, blieb nichts anderes übrig, als daß das wirkliche Boll Hamburgs gegen die mordpatriotischen Börsenmänner Stellung nahm. Dies geschah vorgestern Abend in Sagebiel's Saal, dem größten Versammlungsorte in Hamburg. Die Versammlung wurde auf Anregung unserer Parteigenossen von dem hiesigen Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Herrn Vater, einberufen und geleitet. Auf der Tagesordnung standen: Das Militär- und das Contractbruchgesetz im Reichstage. Als Referenten waren bestellt die Reichstagsmitglieder Geib, Hasselmann, Bahlreich und Reimer, wovon Bahlreich jedoch am Erscheinen verhindert war. Zuerst erhielt Geib das Wort über das Militärgesetz. Derselbe kritisierte in einflussiger Rede die Militärgesetzworlage, durch welche man wieder völlig in die alten, absolutistischen Zustände zu gelangen suche und der gegenüber das Boll entschiedenen Protest erheben müsse. Redner schlug der Versammlung folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die heute in Sagebiel's Etablissement tagende, von mehr als 7000 Personen besuchte Volksversammlung erklärt, daß sie die stehende Heere neben der verderblichen Macht des Kapitalismus als Haupthinderniß einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung der Völker betrachtet. — Durchdrungen von der Wichtigkeit dieser Erklärung verurtheilt dieselbe Volksversammlung das jüngst erfolgte Vorgehen einer Clique von Hamburger Börsenleuten, darauf gerichtet, die jetzigen militärischen Zustände Deutschlands nicht nur zu verewigen, sondern auch im freiheitsfeindlichen Sinne zu kräftigen. — Schließlich beauftragt die Versammlung ihr Bureau, von dieser Resolution dem Präsidium des Reichstages Kenntniß zu geben.“

Nach Geib sprach Hasselmann. Derselbe verbreitete sich gleichfalls über den Militärgesetzwurf und geistete besonders den jaserischen Reichstag sowie die Geldmänner der Hamburger Börse. Alsdann wurde über die von Geib vorgeschlagene Resolution abgestimmt und dieselbe unter lauten Beifallrufen von der imposanten Versammlung angenommen.

Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, der schon einmal in einer hiesigen Volksversammlung erörtert worden war, nahm Reimer das Wort, um in scharfer Weise gegen das den Arbeitern geltende Ausnahmengesetz vorzugehen. Nachdem auch noch Hasselmann über diesen Gegenstand eine kurze Rede gehalten hatte, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heutige, von mehr als 7000 Personen besuchte Massenversammlung demonstriert einmüthig gegen das dem Reichstage vorliegende Contractbruchgesetz und erklärt, entgegen dem am Sonnabend ausgeprochenen Sympathien der hiesigen Börsenclique, an der neulich in Lütze's Salon beschlossenen Resolution entschieden festhalten zu wollen.“

Seit Jahren war dies die erste hiesige Versammlung, in welcher beide Arbeiterfractionen friedlich zusammenwirkten, zugleich auch war es eine der großartigsten Versammlungen, welche seit Jahren hier stattgefunden. Hoffentlich wirkt der Geist, welcher in dieser Versammlung herrschte, weiter als mächtiger Impuls für das fernere Zusammengehen der sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands.

München, 8. April. (Die Landesversammlung in Nürnberg.) In den ersten Tagen dieser Woche fand die nach Nürnberg einberufene Landesversammlung der bayerischen Sozialdemokratie statt. Derselben ging eine Volksversammlung voraus, welche von mehreren tausend Männern besucht war und die volle Einmüthigkeit, die klare Erkenntniß der politischen Verhältnisse, wie sie jetzt überall im Arbeiterstande Platz zu greifen beginnen, zum erfreulichen Ausdruck brachte. Herr Max Kaiser aus Breslau beleuchtete in vorzutrefflicher Rede und unter allgemeinem Beifall die Thätigkeit des deutschen Reichstages. Ihm folgte eine Anzahl Redner, welche das Contractbruchgesetz, wie es dem Reichstage vorliegt und wie es möglicherweise zur Annahme gelangen kann, in gedrängter Kürze behandelten. Schließlich gab die Volksversammlung ihren Anschauungen in folgender Resolution den entsprechenden Ausdruck:

„Die Versammlung erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen die im Gesetzentwurf, betr. einige Aenderungen der Gewerbeordnung, vorgeschlagenen Beschränkungen des Koalitionsrechtes, indem sie die kriminelle Bestrafung des sogenannten Kontraktbruches als ausschließlich gegen die Arbeiter gerichtet und mit dem Geiste einer gerechten Gesetzgebung unvereinbar zurückweist. Die Versammlung erklärt sich ferner gegen die vom Bundesrath vorgeschlagenen Gewerbegerichte, weil durch dieselben, schon allein mit Rücksicht auf die Wahl der Richter durch die Gemeindevorsteher, das Interesse der Arbeitsherren bevorzugt, die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern vor dem Gesetz verletzt, überhaupt dem Zweck, unparteiische Richter zu schaffen, in keiner Weise genügt wird. Ebenso wenig entspricht es der Gerechtigkeit und den berechtigten Interessen des Arbeiterstandes, wenn, wie bisher, die Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch die Gemeindebehörden entschieden werden.“

Die Versammlung hält vielmehr dafür, daß nur durch eine gänzliche Umgestaltung der heutigen gesellschaftlichen und staatlichen Zustände ein Ausgleich geschaffen werden kann, und erklärt es deshalb für Pflicht eines jeden Arbeiters, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten. Schließlich protestirt die Versammlung gegen die in Petitionen von Fabrikanten und selbstständigen Gewerbetreibenden geforderte Einföhrung von Arbeitsbüchern als einen Versuch, den überwundenen Standpunkt künstlicher Gesetzmacherei wieder zu beleben, und beauftragt ihr Bureau, vorstehende Beschlüsse dem deutschen Reichstage zur Kenntnissnahme zu übermitteln.“

Auf den Nachmittag war eine geschlossene Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufen, in welcher die Abgeordneten zur Landesversammlung in die Beratungen über die Schöpfung und Erhaltung einer gemeinsamen und planmäßigen Agitation über ganz Bayern eintraten. Fast alle Orte, in denen die Arbeiterbewegung bereits breiteren Boden gewonnen hat, waren durch Delegirte vertreten, nur Regensburg und Landshut hatten auf die Abwesenheit eines Vertreters verzichtet, jedoch sich schriftlich mit den Beschlüssen der Landesversammlung im vornhinein einverstanden erklärt. Nachdem man sich im Beginn der Besprechungen davon überzeugt hatte, daß eine gemeinschaftliche und geregelte Agitation nirgends auf Widerspruch stieße, ging man zuwächst an die Wahl eines Vorworts als Sitz des zur Leitung der Landesagitationsgeschäfte beauftragten Centralagitationscomitès. Nürnberg, als der Ort, an welchem sich bei den jüngstvergangenen Reichstagswahlen die Arbeiterpartei am stärksten und am besten organisiert gezeigt hatte, und das zugleich durch seine geographische Lage bevorzugt erschien, wurde unter allseitiger Zustimmung dazu ausersehen. Bei der Beschlussfassung über die Beschaffung der Geldmittel zu einer großartigen Landesagitacion einigte man sich dahin, daß jeder Ort gehalten sein sollte, für jedes seiner Parteimitglieder monatlich 2 kr. an die Centralagitationskasse abzuliefern.

Wie diese Gelder an den einzelnen Orten herbeigeschafft werden sollen, wurde deren eigenem Ermessen überlassen. Als Grundlage für die planmäßige Regelung der Agitation wurde alsdann die Wahlkreistheilung angenommen und dabei festgesetzt, daß im allgemeinen je vier Wahlkreise zu einem Agitationsbezirk zusammengefasst und von einem Localagitationscomitè bearbeitet werden sollten. Diesen hauptsächlichsten Bestimmungen schlossen sich Beratungen über die Zahl der verwendbaren agitatorischen Kräfte, über die Führung der Agitation und über die Aufgabe des Centralagitationscomitès, sowie die der lokalen Agitationskörper an; dieselben ergaben alle ein durchaus befriedigendes Resultat, so daß voranschließlich die Frucht der Nürnberg Landesversammlung ein jugendkräftiges Aufblühen der Sozialdemokratie in ganz Bayern sein wird. Dazu thue jeder Ort und jeder Gesinnungsgenosse seine Schuldigkeit! (Zeitgeist.)

Markirch, Nachdem nach der Wahl zum Reichstage eine unerwartete Waffenruhe eingetreten war und unser Häuflein sich vermindern zu wollen schien, so war es Pflicht, die Arbeiter aus ihrer Trägheit durch Abhalten von Versammlungen zu rütteln. Das Auftreten unserer Zwingherrn und Schlotjunter war höchst einschüchternd auf die Arbeiter, und da sich unter Letztern einer hinter dem andern zu verstecken suchte, so waren wir deshalb nicht im Stande, Versammlungen einzuberufen, indem hier eine jede Einberufung nach französischem Gesez von sieben in der Gemeinde Anwesenden unterzeichnet sein muß und wir mit aller Mühe nur drei dazu bereitwillig fanden.

Parteigenosse Jung aus Straßburg kam das erste Mal hier her in der Hoffnung, eine Versammlung abzuhalten, welche aber nicht aus dem angegebenen Grunde abgehalten werden konnte. Doch verstand es derselbe, ein Häuflein feststehender Mitglieber derart anzufeuern, daß es sich Jeder zur Schande anrechnen würde, sein Handgeldbühn, welches er von einem Jeden forderte, zu brechen. So waren wir im Stande, die notwendigen Formen der Anmeldung nach Angabe und Einleitung unfers Besuchers zu erfüllen und wurde eine Versammlung auf den ersten Osterfeiertag beschlossen und in's Auge gefaßt. Die Versammlung wurde genehmigt. Der Born und die Wuth der Fabrikanten und Aristokraten konnte nun keine Grenzen, daß man dem „Auwurf der Menschheit“ das Recht einräumte, sich zu versammeln. Aber Arbeiter allerwärts, hört und staunet, was nun geschah. Am Montag Abend vor Ostern fand man dahier in einem Stalle unter der Krippe eine gefüllte Flasche Petroleum mit einem brennenden in dieselbe gehenden Docht und eine zweite gefüllte oben auf der Krippe. An Erfrigen fehlte es nicht, welche dieses schändliche Nachwerk auf Rechnung der Sozialisten schrieben, besonders auf ein tüchtiges Mitglied, das ganz in der Nähe wohnte. Den biebren und feststehenden Betraumensmann Formald beschimpfte man und warf ihm nur die Worte hin: „Das ist Pariser Dinge.“ Trotz diesem Petroleumgeruch fand doch am ersten Ostertage die Versammlung statt, in welcher Parteigenosse Jung aus Straßburg die ganze Tagesordnung meisterhaft erledigte. Dieselbe war: 1) Die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen; 2) Stellung derselben zu allen Parteien; 3) Parteiangelegenheiten.“

Herr Jung machte den Arbeitern den Standpunkt in der fählichsten Weise klar und legte das ganze Gewicht auf die gemeinsame Organisation der Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität, beleuchtete die ganze Schaar der Nationalfanatiker und ihrer Bestrebungen, sowie ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber, indem er als Grundzug ihres Nationalfanatismus nur das Befriedigen ihrer eigenen Bedürfnisse hinstellte und den einzelnen Arbeiter, welcher als „Spittel“ sich gebrauchen ließe, nur einigermaßen menschlich behandeln würden. Auch die Petrol-Affaire geistete er ohne Rücksicht. Forderte zum allgemeinen Beitreten zur Partei auf und betonte hauptsächlich, daß, je allgemeiner die Arbeiter-Verbrüderung sei, desto zaghafter und hilfloser würden die heute noch verzögerten und allgemein gefürchteten Kapitalhelden erscheinen. Zum Schluß erläuterte er die Novelle zur Gewerbeordnung und wurde nach Verlesung eines Protestes dieselbe einstimmig angenommen.

Im Ganzen wurde dem Redner der allgemeinste Beifall zu Theil, nicht allein in der Versammlung, sondern auch außerhalb. Wir alle wissen und sind überzeugt, daß diese erste Versammlung die Eisrinde zum Schmelzen gebracht hat. Jung gab uns das Versprechen, uns öfters zu besuchen, wogegen wir das Gegenseitig sprechen geben mußten, tren und fest zur Sache zu stehen und selbst unter den möglichsten Tagen nicht davon zu lassen. Kienzel, Schriftführer.

Briefkasten
der Redaktion. R. W. in Neudorf-Wien: Besten Dank! Die Sache wird geordnet werden. Nach Gumbinnen: Das Ueberfandte ist sehr willkommen und wird zweckentsprechend verwendet werden. R. in Hannover: Wir können anonyme Zuschriften nicht berücksichtigen. F. S. in Colet: E. wird demnächst abgehen; bisher fehlte Raum und Zeit.
der Expedition. v. Ph. M. Mannheim Ab. März Zhr. 11 7 5, für Druck Zhr. 4 15. C. Bpp London Zhr. Ab. ist bis auf 10 Gr. für 2. D. begl. D. u. H. Plagwitz Ab. 1. D. Zhr. 1 5. W. Schenmy Schr. Gr. 9 5. Zell Crimmitschau Ab. 1. D. Zhr. 21 28 5, Schr. Gr. 7 5. Häverner der Holzarb. Graj Ab. 2. D. Zhr. 1 4. Krichme Dortmund Schr. Zhr. 1 18. Jpp München Schr. Zhr. 1 17. Sugs Vain Schr. 10 Gr. Sbr Frankfurt a. M. Schr. 15 Gr. J. Endrs Augsburg Schr. Zhr. 32 3, Ab. 2. D. Zhr. 11 13. Bhmr Konstanz Schr. 14 Gr. Pich Wiggald Schr. Zhr. 2 8. Arb.-Bild.-Berein Wels Ab. 2. D. Zhr. 1 4. S. F. W. Schly Hamburg Ab. 1. D. Zhr. 48 28 7.

Fond f. pol. Gemafregelte.
Altenburger Parteigenossen 5 Gr.

Anzeigen etc.

Augsburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Samstag, d. 18. April, Abends 8 Uhr: Versammlung in der Schützenhalle. J. A.: G. Stolberg.

Berlin Sonnabend, den 18. April, Abends 8 Uhr: General-Versammlung der Gewerkschaft der Holzarbeiter bei Herrn Wittel, Andreasstr. 26.
Tagesordnung: Protest gegen das Contractbruchgesetz und vierteljährliche Abrechnung.
Die Parteigenossen müssen alle am Plage sein und werden auf § 26 unfers Statuts aufmerksam gemacht. G. Lemke, Bev.

Breslau Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonntag, d. 19. April, Nachmittags 3 Uhr: General-Versammlung im Kreutziger-Haus, Ritterplatz 8.
Tagesordnung: 1) Vortrag. 2) Abrechnung des verfloffenen Quartals. 3) Erwahl der Vorstands. 4) Verschiedenes.
Die Mitglieder werden auf § 26 des Statuts aufmerksam gemacht. S. Rebel, Bev.

Bremerhaven Die Frier des Geburtstages H. Lassalle's, verbunden mit Festrrede und Ball, findet Sonntag, den 19. April im Saale des Gastwirth's Salling statt, und es werden dazu die Partei- sowie Gemeindegossen mit ihren Familien freundlich eingeladen. — Entré für Herren 10 Gr., Damen frei. Grefenbort, 18. April. Aug. Kapt, Bertram. Das Comitè.

Gotha Sonnabend, den 18. April, Abends 8 Uhr: Generalversammlung der Gewerkschaft der Holzarbeiter im obern Club-Lokal. — Tagesordnung: 1) Kassenbericht. 2) Bericht der Landesversammlung. 3) Innere Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und werden auf § 26 des Statuts aufmerksam gemacht.
Der Vorstand.

Gohlis Arbeiterverein.
Montag, 20. April, Abends 8 Uhr: Versammlung im Bierkannel. Die besprochene Angelegenheit betreffend, zur Nachricht: Freitag, d. 17. ds., Gosenthal.

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein
Montag, den 20. April, Abends halb 9 Uhr, findet in Hanske's Clublokal eine geschlossene Versammlung statt.
Legitimation durch Karte.
Tagesordnung: Innere Vereinsangelegenheiten.
NB. Es ist dringend nothwendig, daß jedes Mitglied erscheint. D. B.

Kleinsohner Sonnabend, den 18. April, Abends punkt 8 Uhr: Volksversammlung in Lange's Restauration. — L. D.: Das neue Militärgesetz. Das Contractbruchgesetz. Es laßt dazu zu recht zahlreichem Besuch ein. Das Comitè.
Gleichzeitig biene allen am Sonntage nicht anwesenden Vereinsmitgliedern zur Nachricht, daß vom 18. April an, unsere Vereinsführungen jeden Sonnabend, Abends punkt 8 Uhr stattfinden werden. Der Vorst.

Leipzig Tischler und Pianoforte-Arbeiter.
Donnerstag, den 16. April, Abends halb 9 Uhr: Allgemeine Versammlung im „Bellevue“ (früher Leipziger Saal), Kreuzstr. L. D.: Das Contractbruchgesetz. Die Holzarbeitergewerkschaft.

Leipzig Arbeiterbildungsverein.
Sonntag: 1—3 Uhr Zeichnen. Montag: Gesang, Turnen, Stenographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche, englische und französische Sprache; Schönschreiben. Mittwoch: Diskussion oder Vortrag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache. Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Beschäftigung. Sonnabend: Vortrag oder Diskussion. [w.]

London Arbeiterbildungsverein.
Deutsche Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation. 81 Blue Post Tavern, Newmann Street Oxford Street W. C. Versammlungsabende Mittwoch und Samstag.
Jeden Dienstag englischer Sprachunterricht.
Der Sekretär:
Leo Kränkel, 13 Mortimer Street W.

New-York Sektion 1 der Internationalen Arbeiterassoziation (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) zu New-York versammelt sich jeden Sonntag Abend 8 Uhr im 10. Ward Hotel corner (Ede) of Broome & Forsyth Str.

New-York Vereinigte Tischler.
Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, Versammlung in Teutonia, Assembly Rooms, 158—160 Avenue.
Arbeitsnachweisungsbureau bei John Frank 149, Eldridge Street. (ml)

Rowawek Gewerkschaft der Manufaktur-Arbeiter.
Sonnabend, den 18. April, Abends 8 Uhr: Versammlung im Saale des Herrn Schwarze. — Referent: Baumann aus Berlin.
Zutritt für Jederman frei. J. Stendenbrand.

Spandau Sonntag, den 19. April, Vormittags 10 Uhr: Allgemeine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung (Ritterstraße 7) im Palm-Salon.
L. D.: Vortrag vom Gewerkschaftsossen Herrn A. Richter aus Berlin, wozu die Berliner Gewerkschaften eingeladen werden. J. A.: P. S.
NB. Abgang von Berlin, um 8 Uhr vom Hamburger- und um 9 Uhr vom Lehrterbahnhof.

Thonberg b. Leipzig Arbeiterverein.
Montag, den 20. April, Abends 8 Uhr: Versammlung im Gasthof zum Thonberg.

Sonnabend, den 18. April, Abends halb 9 Uhr: Sitzung des Fest-Comitès bei Emil Weber, Mariengasse.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig.

Sonntag, den 19. April 1874, Vormittags 9 Uhr:

Generalversammlung sämtlicher Böttcher Berlins.
Tagesordnung:
Berberatung zur Generalversammlung des Central-Bereins. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Verschiedenes.
Der Vorstand.

Arbeits-Hosen.

- Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
- Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
- Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
- Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
- Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr. empfiehlt

Louis Guttman

J. N. No. 24 Grimmische Strasse in Leipzig No. 24

Vom 1. April ist meine Wohnung Haag Nr. 2 beim Restaurateur Schulz.

Mittheilung, den 10. April 1874. A. Grunert. (36)

Durch die Expedition des „Volksstaat“ ist zu beziehen:

Dr. Johann Jacoby,

Das Biel der Arbeiterbewegung

Preis pro Stück 2 Sgr.

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Allerhand Proletarier.

Eine Hausgeschichte von A. Otto-Walser.

(Separatdruck aus dem „Volksstaat“-Erstheft.)
Preis brosch. 5 Sgr., gebunden 7 1/2 Sgr.

Expedition des „Volksstaat.“

Diesigenen Filial-Expeditionen, welche das Abonnement für 1. Quartal noch nicht, oder nur zum Theil berichtigt haben, werden ersucht, bis Ende dieses Monats, wegen des Rechnungsabchlusses ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Expedition des „Volksstaat.“
Leipzig: Verantw. Redakteur: M. Greifer. (Redaktion u. Expedition Reichstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschafts-Verlagsanstalt.